

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 29

02.10.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **4**

SCHIERSTEINER BRÜCKE: CDU-FRAKTION MUSS SICH ENTSCHULDIGEN **4**

EINIGUNG IM KITA-STREIK – ELTERN FALLEN STEINE VOM HERZEN **4**

LANDESREGIERUNG KÜNDIGT INTEGRATIONSKONFERENZ AN **5**

SCHWEITZER FORDERT INTEGRATIONSKONFERENZ AUF BUNDESEBENE **5**

ERMITTLUNGSERFOLG DURCH ZENTRALSTELLE CYBERCRIME **6**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

"Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich. Unser Asyl- und Flüchtlingsrecht bemisst sich nicht nach Zahlen, und doch wissen wir unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn wir nicht genau wissen, wo die Grenzen liegen."

Die Sätze **unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck** im Rahmen der Eröffnung der Interkulturellen Wochen in Mainz haben sich mir eingepägt. Er benennt darin sehr präzise die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme im Spannungsfeld zwischen überwältigender Willkommenskultur und begrenzter Aufnahmekapazität, vor denen wir auch hier in Rheinland-Pfalz stehen.

Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die rot-grüne Koalition meistern diese Aufgabe gemeinsam mit vielen engagierten Menschen in Haupt- und Ehrenamt und finden pragmatische und schnelle Lösungen für diejenigen, die vor Krieg und Grausamkeiten geflohen sind und bei uns Schutz und Perspektive suchen.

Das Signal der offenen Grenzen der Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel haben zehntausende Menschen als Aufruf zum Kommen verstanden. Bis heute sind rund 270.000 Menschen dieser Einladung gefolgt, weitere Hunderttausende sind unkontrolliert auf dem Weg nach Deutschland. Wenn Merkels CDU/CSU-Parteikollegen Seehofer und Klöckner nun mit scheinheiligen Gesetzesvorschlägen und markigen Sprüchen Ressentiments gegen Flüchtlinge und Muslime schüren, muss das den Engagierten vor Ort höhnisch vorkommen.

Der Populismus von Frau Klöckner zielt nur auf Stimmen für ihre Partei. Aber er ist brandgefährlich für den Zusammenhalt in unserem Land. Dies werden wir ihr nicht durchgehen lassen.

Am Montag wird **unsere Finanzministerin Doris Ahnen** den Haushalt für das Jahr 2016 in den Landtag einbringen. In der Debatte darum werden wir zeigen, dass wir die Konzepte und Antworten für die Zukunft unseres Landes haben. Für die Bewältigung der steigenden Flüchtlingszahlen – hinter jeder einzelnen Zahl steht ein schweres Schicksal – aber auch für die Zukunft derjenigen, die schon in Rheinland-Pfalz wohnen:

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



- **Gebührenfreie Bildung** bleibt unser Markenzeichen.
- Durch den Ausbau der **Kindertagesbetreuung** stellen wir sicher, dass Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Integration für alle Kinder möglich ist.
- Wir stärken die **Kommunen**.
- Die Investitionen in die **Verkehrsinfrastruktur** werden angehoben.
- Wir kümmern uns um die Aufnahme und Betreuung der **Flüchtlinge**, die bei uns Schutz und Perspektive suchen.

Wichtig dabei ist: Trotz der Investitionen in die Zukunft unseres Landes konsolidieren wir unseren Haushalt – und das schneller, als es der Abbaupfad vorgesehen hatte. Wir handeln damit verantwortungsvoll und zukunftsorientiert.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Schiersteiner Brücke: CDU-Fraktion muss sich entschuldigen

Die CDU-Fraktion hat in den vergangenen Monaten den Eindruck erweckt, Grund für den Schaden an der Schiersteiner Brücke seien Fehler der rot-grünen Landesregierung gewesen. Im Innenausschuss des Landtags hat die CDU-Fraktion für diese Mutmaßungen und Spekulationen die Quittung serviert bekommen: Der Ingenieur-Professor Walter Wittke hat in unmissverständlicher Klarheit dargelegt, dass Ursache für den Brückenschaden ein Bauunfall gewesen sei. Dieser sei nicht auf den Verkehr über die Brücke und die darauf einwirkenden Lasten zurückzuführen. Den Kontrolleuren seien auch keinerlei Fehler oder Versäumnisse vorzuhalten. Und: Der Unfall hätte auch fünf Jahre früher passieren können, wenn die Brückensanierung damals begonnen worden wäre.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner hat in einer Mitteilung am 11. Februar 2015 behauptet, dass der Brücken-Schaden auf die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung zurückzuführen sei. Der Abgeordnete Gerd Schreiner hat mehrfach erklärt, es sei zu dem 'Riss' an der Brücke gekommen, weil Rot-Grün Planungsfehler gemacht habe. Unsere verkehrspolitische Sprecherin **Astrid Schmitt** fordert jetzt eine Entschuldigung: *„Dieses politische Theater der CDU-Fraktion war unwürdig. Die Fraktion sollte sich jetzt dafür entschuldigen, solche Mutmaßungen in die Welt gesetzt zu haben. Die Abgeordneten sollten jetzt die Größe haben, zu sagen: ‚Wir haben uns getäuscht. Unsere Aussagen waren voreilig!‘“*

Im Innenausschuss ist überdies deutlich geworden, dass die Ingenieure, Experten und Arbeiter seit Monaten mit Hochdruck und großem Engagement an Verbesserungen bezüglich der Schiersteiner Brücke arbeiten. Nutznießer davon sind die Auto- und LKW-Fahrerinnen und -Fahrer, denn voraussichtlich ab November wird die Brücke wieder für Verkehr auch über 3,5 Tonnen freigegeben.

Einigung im Kita-Streik – Eltern fallen Steine vom Herzen

Mit der Einigung im Kita-Tarifstreit fallen vielen rheinland-pfälzischen Eltern Steine der Erleichterung vom Herzen. Weitere Streiks sind damit unwahrscheinlich geworden, Eltern müssen wohl nicht nach Betreuungs-Ersatz wegen geschlossener Kindertagesstätten

suchen. „Nun ist zu hoffen, dass die Bundestarifkommission der Dienstleistungsgewerkschaft *ver.di* für die Einigung votieren wird“, so unsere Sprecherin für Kita-Politik **Bettina Brück**.

Brück betonte weiter: „Die Forderungen der Erzieherinnen und Erziehern, der Pädagoginnen und Pädagogen sind sehr nachvollziehbar. Die Berufe müssen attraktiver gestaltet werden, damit hoch qualifizierte und motivierte Frauen und Männer ihnen nachgehen wollen. Mit der heute verkündeten Einigung wird ein Schritt in die richtige Richtung gegangen. Positiv ist insbesondere, dass Verbesserungen vor allem für junge Erzieherinnen und Sozialarbeiter vorgesehen sind.“

Landesregierung kündigt Integrationskonferenz an

Als „klugen Schritt“ hat **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** in dieser Woche die Ankündigung **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer**, eine Integrationskonferenz zusammenzurufen, bezeichnet. „Die Einbindung und Integration zehntausender neuer Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz ist eine Mammutaufgabe“, erklärte **Schweitzer**. „Die Herausforderung kann nur gemeistert werden, wenn staatliche Stellen, Verbände, Organisationen und Zivilgesellschaft planvoll zusammenarbeiten.“

Auf der Konferenz wird es darum gehen, welche Leistungen die hiesige Gesellschaft erbringen sollte und welche Erwartungen an Flüchtlinge bestehen und bestehen müssen. **Schweitzer** hob hervor, dass es auf einer solchen Konferenz auch darum gehen werde, in der Integrationspolitik „einen sinnvollen Mix des Förderns und Forderns zu finden.“

„In den vergangenen Monaten lag in der bundesweiten Flüchtlingspolitik ein Schwerpunkt auf der Schaffung von Erstaufnahmeplätzen für Flüchtlinge“, betonte **Schweitzer**. „Ebenso entscheidend ist aber, schon jetzt die Weichen richtig zu stellen in der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Wohnungs- und Sozialpolitik. Kluge, durchdachte Entscheidungen in diesen Bereichen sind elementar, damit kein Klima der Angst vor und Sorge gegenüber Flüchtlingen entsteht. Unüberlegte Schnellschüsse wie sie in diesen Tagen vor allem Unionspolitiker gerne ins Blaue hinein formulieren, sind kontraproduktiv. So können Ressentiments geschürt werden.“

Schweitzer fordert Integrationskonferenz auf Bundesebene

Die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel muss nach Auffassung **unseres Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer** rasch zu einer Integrationskonferenz für ganz Deutschland einladen. „Dort soll beraten werden, wie die Integration der vielen Flüchtlinge in

*Deutschland zu organisieren ist. Es muss offen diskutiert werden, was Flüchtlingen abzuverlangen ist, was die heimische Gesellschaft leisten soll und wie die Politik die Integration operativ unterstützen kann.“ Für **Schweitzer** ist eine solche Integrationskonferenz sinnvoll, um durchdachte Integrationsstrategien und Maßnahmen festzulegen. „Was wir in diesen Tagen in der Integrationsdebatte nicht brauchen, sind populistische Schnellschüsse. Diese verunsichern die Bevölkerung und tragen nicht zur Lösung von Problemen bei.“*

Schweitzer wies darauf hin, dass die rot-grüne Landesregierung unter **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** Anfang der Woche eine Integrationskonferenz für Rheinland-Pfalz angekündigt hat. „Die Einbindung und Aufnahme der vielen Zugezogenen kann nur gelingen, wenn staatliche Stellen, Verbände, Organisationen und Zivilgesellschaft planvoll zusammenarbeiten. Auf der Landeskonferenz soll es daher darum gehen, welche Leistungen die hiesige Gesellschaft erbringen sollte und welche Erwartungen an Flüchtlinge bestehen und bestehen müssen. In der Integrationspolitik muss ein sinnvoller Mix des Förderns und Forderns gefunden werden.“

Ermittlungserfolg durch Zentralstelle Cybercrime

In dieser Woche wurde ein erfreulicher Ermittlungserfolg der rheinland-pfälzischen Polizei im Bereich der Cyberkriminalität bekannt: Die Landeszentralstelle Cybercrime (LZC) der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz führt ein Ermittlungsverfahren gegen einen 26-jährigen wegen Missbrauchs von Daten rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter. Der Fall belege eindrucksvoll, dass Rheinland-Pfalz auf dem Feld der Kriminalitätsbekämpfung in der digitalen Welt überdurchschnittlich gut und zukunftssicher aufgestellt sei, so unser polizeipolitischer Sprecher **Wolfgang Schwarz**.

Bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität setzt das Land auf eine Vernetzungsstrategie. Vor einem Jahr wurde die Landeszentralstelle Cybercrime (LZC) ins Leben gerufen. Dort sind Experten für technische und rechtliche Fragen tätig, auf die Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen im Land bei Bedarf zurückgreifen können. Diese Zentralstelle zieht bei Einzelfällen, wie dem in dieser Woche bekannt gewordenen, die Ermittlungen an sich. Durch das dort vorhandene Fachwissen konnte das Ermittlungsverfahren rasch vorangetrieben werden.

Das Land hat jüngst auch entsprechende Stellen beim Landeskriminalamt aufgestockt: Mit dem Sicherheitspaket von Anfang 2015 ist beschlossen worden, in diesem Jahr fünf und im nächsten Jahr nochmal sechs zusätzliche IT-Experten für die Polizei einzustellen. „Dass die

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



*vorgenommenen Aufstockungen erfolgreich sind, ist sehr erfreulich. Diesen Erfolg zum Anlass von Kritik zu nehmen, ist schon sehr dreist“, machte **Schwarz** an die Adresse der CDU-Fraktion deutlich.*